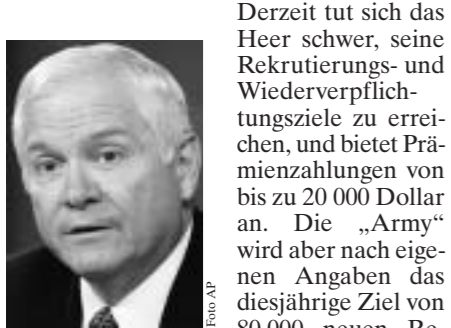


Ausland in Kürze

Reportagepreis – Michael Martens, Balkan-Korrespondent dieser Zeitung mit Sitz in Belgrad, hat einen der drei Reportagepreise des Netzwerks für Osteuropa-Berichterstattung (n-ost) gewonnen. Martens wurde der Preis für die Reportage „Die Geräusche der anderen“ über das Leben in einer Plattenbausiedlung in Sofia (Samstagsreportage vom 17. Februar) verliehen. (F.A.Z.)

Gates will Heer vergrößern – Der amerikanische Verteidigungsminister Gates (unser Bild) will das Heer bis 2011 um 74 000 Soldaten auf 547 000 Mann vergrößern. Unmittelbar nach seiner Ernennung im Dezember 2006 hatte Gates schon einer Verstärkung des Heeres um 30 000 Mann zugestimmt. Um das neue Ziel zu erreichen, müssten jährlich 80 000 Soldaten neu rekrutiert oder zur Verlängerung ihrer Verpflichtungszeit bewegt werden.



Derzeit tut sich das Heer schwer, seine Rekrutierungs- und Wiederverpflichtungsziele zu erreichen, und bietet Prämienzahlungen von bis zu 20 000 Dollar an. Die „Army“ wird aber nach eigenen Angaben das diesjährige Ziel von 80 000 neuen Rekruten erreichen.

Die Rate der Rekruten mit Schulabschluss sank jüngst von 95 auf 76 Prozent, auch gelten anders als früher geringfügige Straftaten nicht mehr als Hinderungsgrund für die Aufnahme in die Streitkräfte. (rüb.)

Anwälte für Guantanamo-Häftlinge – Die amerikanische Regierung hat sich angeblich bereit erklärt, den 14 Guantanamo-Häftlingen, die von geheimen CIA-Gefängnissen in das Militärgefängnis überstellt worden sind, anwaltlichen Beistand zu gewähren. Das berichtet die Zeitung „Washington Post“. Den Häftlingen, zu denen Khalid Scheich Mohammed gehört, sei mitgeteilt worden, dass sie die Hilfe von Anwälten beantragen könnten, um sich gegen ihre Klassifizierung als feindliche Kombattanten zu wehren. (gel.)

Hinrichtung verhindert – Der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten hat die Hinrichtung eines Todeskandidaten in Texas gestoppt, dessen Anwälte vortrug, dem 28 Jahre alten Carlton Turner drohe ein qualvoller Tod, wenn er mit der Giftspritze hingerichtet werde. Der Fall des texanischen Todeskandidaten sei ähnlich gelagert wie ein Fall aus Kentucky, den die Obersten Richter diese Woche zur Entscheidung angenommen hatten, argumentierten die Verteidiger Turners. Gegner der Todesstrafe sagen, bei falscher Dosierung und Verabreichung des Giftcocktails drohe den Todeskandidaten ein schmerzhafter Todeskampf. (gel.)

Entscheidung über Iran vertagt – Die Außenminister der fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats und Deutschlands haben eine Entscheidung über neue Sanktionen gegen Iran auf November vertagt. Zunächst sollen ein weiterer Bericht der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) sowie ein Bericht des EU-Außenbeauftragten Solana zum iranischen Atomprogramm abgewartet werden. Das teilten die Minister nach ihren Beratungen am Freitag in New York mit. Irans Präsident Ahmadineschad hat derweil in Bolivien und Venezuela Kooperationsverträge abgeschlossen. Iran und Venezuela stünden an der Seite „aller revolutionären Völker in der Welt“, sagte Ahmadineschad in Caracas. (F.A.Z.)

Druck auf Hamas verstärkt – Am Donnerstagabend hat Israels Armee mit einem Raketenangriff einen mutmaßlichen Terroristen des „Islamischen Dschihad“ getötet und zwei verletzt. Die Extremisten hätten eine Rakete auf Israel abgefeuert, teilte das Militär mit. Am Mittwoch waren bei einer Militäraktion im Gazastreifen elf Palästinenser getötet worden. Die Hamas teilte mit, Israel werde einen hohen Preis für seine Angriffe zahlen. Offenbar rechnet die Hamas mit einer Land-Offensive, nachdem der israelische Verteidigungsminister Barak gesagt hatte: „Wir kommen einer größeren Operation immer näher.“ (jüb.)

Referendum im Baskenland – Der Präsident der baskischen Regionalregierung, Ibarretxe, will im kommenden Jahr ein Referendum zur Zukunft der Region ansetzen. Ibarretxe sagte am Freitag, die Volksabstimmung solle am 25. Oktober 2008 stattfinden. Der Inhalt des Referendums werde von den Gesprächen mit der Zentralregierung in Madrid in den kommenden Monaten abhängen. (AP)

Maliki weist Vorschlag zurück – Der irakische Ministerpräsident Nuri al-Maliki hat am Freitag einen Vorschlag des amerikanischen Senats für eine Aufteilung des Landes zurückgewiesen. Die Iraker wünschten sich eine Einheit des Landes, eine Aufteilung würde in die Katastrophe führen, sagte Maliki auf dem Rückflug von New York nach Bagdad. Der amerikanische Senat hatte am Mittwoch gefordert, der Irak müsse unter den Schiiten, Sunniten und Kurden aufgeteilt werden. (AP)

Irak: Nicht gegen Kurden – Die Türkei darf ihre Soldaten nicht gegen kurdische Separatisten im Nordirak einsetzen. Die irakische Regierung verweigerte am Freitag dafür ihre Zustimmung. Beide Länder unterzeichneten jedoch ein Abkommen über die Terrorbekämpfung. Der irakische Innenminister Dschawad al Bolani hatte die Genehmigung für grenzüberschreitende Militärfaktionen durch die Türkei offenbar auf Druck der kurdischen Provinzverwaltung verweigert. (AP)

Proteste in Tiflis
Früherer Minister verhaftet

Nach den Vorwürfen gegen Georgiens Präsident Saakaschwili

M.L. MOSKAU, 28. September. Rund 5000 Anhänger des verhafteten früheren georgischen Verteidigungsministers Irakli Okruaschwili und oppositioneller Parteien haben am Freitag vor dem Parlament in der Hauptstadt Tiflis gegen die Regierung von Präsident Michel Saakaschwili protestiert. Aus der Untersuchungshaft rief Okruaschwili seine Anhänger und die Oppositionsparteien dazu auf, sich im Kampf „gegen den Tyrannen“ zu vereinen. Okruaschwili war am Donnerstagabend verhaftet worden. Zwei Tage zuvor hatte Okruaschwili anlässlich der Vorstellung seiner neuen Partei „Für ein vereintes Georgien“ schwere Vorwürfe gegen Saakaschwili erhoben, für die er bisher aber noch keine Beweise vorgelegt hat. Sie reichen von unrechtmäßiger persönlicher Bereicherung Saakaschwilis und von dessen Familie bis zur Behauptung, der Präsident habe Morde an unliebsamen Personen in Auftrag gegeben.



Überdies warf Okruaschwili Präsident Saakaschwili vor, im Frühjahr 2006 eine gute Chance zur Rückgewinnung der abtrünnigen Provinz Südossetien versäumt zu haben. Zudem sei er erfolglos gewesen bei dem Versuch, die russischen Friedenstruppen aus Südossetien und der anderen abtrünnigen Provinz, Abchasien, herauszudrängen. In Georgien gelten die russischen Soldaten als Rückversicherung für die Separatisten in beiden Provinzen, deren Rückgewinnung Saakaschwili nach seiner Wahl zum Präsidenten 2004 zum vorrangigen Ziel seiner Politik erklärt hatte.

Saakaschwili, der sich in New York aufhält, hat sich zu den Vorwürfen Okruaschwilis bisher nicht geäußert. In einer Rede vor den Vereinten Nationen forderte Saakaschwili indessen zum wiederholten Mal die Ersetzung der russischen Friedenssoldaten durch europäische. Politiker der regierenden Partei „Nationale Bewegung“ sagten am Freitag, Okruaschwili habe mit seinen ungerechtfertigten Vorwürfen gegen den Präsidenten versucht, die gegen ihn laufenden Ermittlungen wegen Korruption zu konterkarieren.

Die georgische Generalstaatsanwaltschaft wirft Okruaschwili vor, er sei als Verteidigungsminister persönlich an Korruptionsgeschäften zum Nachteil des Staates beteiligt gewesen und auch in die Affäre um die unrechtmäßige Aneignung von Anteilen an dem Mobilfunkunternehmen Geocell verstrickt. Dafür gebe es Zeugen, darunter den früheren Pressesprecher des Präsidenten, Dmitrij Kitoschwili. Kitoschwili war ebenfalls verhaftet worden, wurde nach seiner belastenden Aussage gegen Okruaschwili am Freitag aber gegen Kaution freigelassen.

Kommission soll Parlament ersetzen

Wahlen in Ecuador zur verfassunggebenden Versammlung

oe. BUENOS AIRES, 28. September. In Ecuador wählen am Sonntag mehr als neun Millionen Wahlberechtigte aus 3229 Kandidaten die 130 Mandatsträger, die eine neue Verfassung ausarbeiten sollen. Die Anwärter für die verfassunggebende Versammlung gehören 500 verschiedenen Parteien, Bewegungen und Gruppierungen an. Unter den Bewerbern befinden sich einstige Präsidentschaftskandidaten wie der Bananenexporteur Alvaro Noboa und der Sozialdemokrat León Roldós sowie zahlreiche frühere Minister und Abgeordnete. Die Verabschiedung einer neuen Verfassung ist das ambitionierteste politische Projekt der Regierung des Präsidenten Rafael Correa. Er möchte damit der traditionellen „Parteienwirtschaft“ ein Ende bereiten. Nach Correas Willen soll die verfassunggebende Versammlung nach ihrer Konstituierung sogleich den

Kongress auflösen. Eine „gesetzgebende Kommission“, die den Mehrheitsverhältnissen der Versammlung entsprechend besetzt werden soll, soll danach die gesetzgeberischen Aufgaben des Parlaments übernehmen. Bei den Wahlen am Sonntag könnte der ehemalige Energieminister Alberto Acosta, der die Bewegung „Acuerdo País“ (Landespakt) Correas anführt, die meisten Stimmen auf sich vereinen. Das Regierungslager rechnet damit, in der verfassunggebenden Versammlung die absolute Mehrheit zu erringen. Im Übrigen bewerben sich nicht nur Politiker, sondern auch ehemalige Guerrilleros, Priester, Film- und Fernsehleute, Schönheitsköniginnen sowie Vertreter von Randgruppen und Minderheiten wie etwa der Indiogemeinschaften, der Schwarzen und der Homosexuellen um Mandate in der Versammlung.

Jugendliche zünden Bus an

Wieder Brandstifter in Frankreich / Gerichtsurteil in Marseille

mic. PARIS, 28. September. In der französischen Stadt Chalons-sur-Saône hat eine Gruppe Jugendlicher Feuer auf den Hinterbänken eines Linienbusses gelegt. Bei dem Brand am Donnerstagabend, bei dem der Bus von den Flammen zerstört wurde, gab es aufgrund der umsichtigen Reaktion des Busfahrers keine Verletzten. Die Nachricht bewegt die französische Öffentlichkeit, weil am Freitag der Strafprozess gegen zwei minderjährige Brandstifter in Marseille zu Ende ging. Die beiden Jugendlichen wurden am Abend von einem Jugendgericht zu acht Jahren Haft verurteilt. Sie hatten gemeinsam mit sechs anderen Jugendlichen im vergangenen Jahr einen Linienbus in Marseille in Brand gesetzt. Dabei erlitt eine Studentin schwere Verletzungen; sie wurde zu 62 Prozent verbrannt.

Die 27 Jahre alte Studentin Mama Galleodu machte ihre Aussage als Nebenklägerin per Videoübertragung von einem Nebensaal des Gerichts aus. „Warum haben Sie nicht gewartet, dass alle Leute aus dem

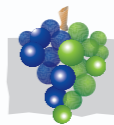
Bus gestiegen waren, bevor Sie den Brand gelegt haben?“, fragte sie die Angeklagten. „Warum haben Sie mich verbrennen lassen?“ Sie erhielt keine Antwort. „Das Schweigen der Angeklagten ist unerträglich“, sagte der Anwalt des Opfers. Der Anwalt eines der Angeklagten sagte: „Es ist schockierend, dass sie nichts über ihre Gruppe sagen.“ Die Staatsanwältin hatte Haftstrafen von zwölf Jahren gefordert. Sie begründete das geforderte Strafmaß mit der Notwendigkeit, eine klare Botschaft an mögliche Nachahmer zu senden: „Mit dem Laissez-faire muss Schluss sein.“ Die Mutter eines der Angeklagten sagte: „Ich sehe meinen Sohn lieber im Gefängnis und am Leben. Wenn unsere Kinder aussagen, dann riskieren sie ihr Leben. Wenn man die Wahrheit sagt, stirbt man im Norden von Marseille.“ Die sechs anderen Täter müssen sich im Dezember vor Gericht verantworten. Entsprechend einer von Präsident Sarkozy angeregten Verschärfung des Strafrechts werden sie nicht von einem Jugendgericht verurteilt.

Prodi ändert Haushaltsentwurf

hjf. ROM, 28. September. Mit Kompromissen im Haushaltsentwurf für 2008 hat der italienische Ministerpräsident Romano Prodi am Freitag in Rom eine Krise seiner Linkskoalition zu vermeiden versucht. Der Parteichef der Linksdemokraten, der stärksten Regierungspartei, Fassino, und der stellvertretende Ministerpräsident Rutelli vom Bündnis Margherita ermahnten die Koalitionspartner, die Lage nicht zu dramatisieren. Der linke Flügel der aus zehn Parteien bestehenden Koalition hatte einen ersten Haushaltsentwurf in der Nacht zum Donnerstag gestoppt. Hauptstreitpunkt war die Erhöhung der Steuern auf Kapitaleinkünfte, die die gemäßigten Koalitionsparteien ablehnten. In Meinungsumfragen liegt die Regierung in der Gunst der Bürger derzeit weit hinter den Oppositionsparteien unter Silvio Berlusconi. Zudem wächst die Abneigung gegen die Politik an sich. Vorwürfe, die Politiker würden ihren eigenen Betrieb immer komfortabler auf Kosten der Steuerzahler gestalten, werden immer lauter. Das neue Haushaltsgesetz sieht jetzt Einschnitte bei den Ausgaben von Ministerien und staatlichen Einrichtungen vor.

Juschtschenko: Nur mit Timoschenko

ul. WARSCHAU, 28. September. Die westlich orientierten Kräfte der Ukraine haben einander ein weiteres Mal versprochen, nach der Parlamentswahl am kommenden Sonntag eine Koalition zu bilden. Der Führer der „oranen Revolution“ von 2004, Präsident Viktor Juschtschenko, sagte seiner seinerzeitigen Mitstreiterin Julija Timoschenko bei einem Treffen in Kiew zu, es gebe „keine andere Option“ als die Bildung einer „demokratischen Koalition“. Timoschenko antwortete, die Einheit des westlichen Lagers sei „das Wichtigste“. Es dürfe „nur eine demokratische Koalition geben“. Juschtschenko entschloss sich zu dieser Klarstellung, nachdem es Gerüchte gab, er könne sich auch ein Bündnis mit der „Partei der Regionen“ aus dem russisch empfindenden Osten der Ukraine vorstellen. Dieser Partei werden die Wahlfälschungen zur Last gelegt, die 2004 zur „oranen Revolution“ geführt hatten. Umfragen lassen erwarten, dass die „Partei der Regionen“ am Sonntag etwa ein Drittel der Stimmen bekommen wird. Dem „Block Julija Timoschenko“ wird ein Viertel zugetraut, Juschtschenkos Bündnis zwischen 10 und 15 Prozent.



Hanseatisches Wein & Sekt Kontor

PRÄSENTIERT

KULT-CHARDONNAY
VON LAROCHE



Über die Domaine Laroché:
★★★★★ (★)
»Die Domaine explodiert förmlich qualitativ seit einigen Jahren.«
Gault Millau 2005

Über die Domaine Laroché:
»Überlegene Qualität.«
Decanter online

Über Laroché:
»Expressive ... Weine mit Frucht und Körper.«
Revue du Vin de France 2007

Bei einer Bestellung von 12 Flaschen erhalten Sie zwei elegante Chardonnay Gläser GRATIS!



In diesen edlen Kristallgläsern der Traditionsfirma Schott Zwiesel kommen die Aromen des Weins richtig zur Geltung. Ladenverkaufspreis € 19,95

ICH BESTELLE JETZT OHNE RISIKO*

beim Hanseatischen Wein & Sekt Kontor

Ja, bitte senden Sie mir versandkostenfrei:

12 Flaschen inkl. 2 Schott Zwiesel Gläser GRATIS! Art.Nr. 162 048 statt € 90,75 nur € 69,-

Bitte senden Sie mir den aktuellen großen Wein-Katalog gratis!

NAME _____
VORNAME _____
STRASSE/HAUS-NR _____
PLZ/ORT _____
TELEFON (FÜR RÜCKFRAGEN) _____

Bitte ausfüllen und senden an:
Hanseatisches Wein- und Sekt-Kontor • Hawesko GmbH
Hamburger Straße 14-20 • 25436 Tarnesch

2006er CHARDONNAY L
VIN DE PAYS D'OC, LAROCHE
Traumhaft leckerer Chardonnay. Saftige, exotische Aromen von Ananas und Mango mit nussigen Eichenholznoten. Harmonische Fülle und angenehme Länge. Preis-Leistungs-Sieger!
Einzelpreis pro Flasche € 5,90

12 Flaschen + 2 Schott-Zwiesel Gläser im Probierpaket statt € 90,75 nur € 69,-

TEL 0 4122 - 50 44 33
FAX 0 4122 - 50 44 77
www.hawesko.de/faz

GLEICH BESTELLEN!

*Rückgabe-Garantie: Sie können die unangebrochene Ware innerhalb von 12 Wochen nach Lieferung kommentarlos zurückgeben. Anruf genügt. Lieferbedingungen: Nach Lieferung erhalten Sie eine Rechnung, mit deren Ausgleich Sie sich 20 Tage Zeit lassen können.